

# §§ 1-342e

Ebenroth / Boujong

5. Auflage 2024  
ISBN 978-3-8006-6671-3  
Vahlen

schnell und portofrei erhältlich bei  
[beck-shop.de](https://beck-shop.de)

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](https://beck-shop.de) steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen. [beck-shop.de](https://beck-shop.de) hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird [beck-shop.de](https://beck-shop.de) für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

**ee) Vermögenslosigkeit der AG, KGaA, GmbH.** Eine **Aktiengesellschaft, KGaA oder GmbH, die kein Vermögen besitzt**, kann von Amts wegen gelöscht werden (§ 394 Abs. 1 S. 1 FamFG). Die genannten Gesellschaften sind von Amts wegen zu löschen, wenn das Insolvenzverfahren über ihr Vermögen durchgeführt worden ist und keine Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die Gesellschaft noch Vermögen besitzt (§ 394 Abs. 1 S. 2 FamFG). Entsprechendes gilt für eine oHG oder KG, bei der kein persönlich haftender Gesellschafter eine natürliche Person ist. Eine solche Gesellschaft kann nur gelöscht werden, wenn die zur Vermögenslosigkeit geforderten Voraussetzungen sowohl bei der Gesellschaft als auch bei den persönlich haftenden Gesellschaftern vorliegen. Sind persönlich haftende Gesellschafter wiederum eine oHG oder KG und ist bei diesen ein persönlich haftender Gesellschafter eine natürliche Person, gelten diese Grundsätze allerdings nicht (§ 394 Abs. 4 FamFG).

**ff) Unzulässige Eintragungen.** Nach § 395 FamFG kann das Registergericht von Amts wegen eine Eintragung im Handelsregister löschen, die bewirkt worden ist, obgleich sie in Ermangelung einer wesentlichen Voraussetzung unzulässig ist. Unzulässig im Sinne dieser Vorschrift ist nicht nur eine inhaltlich unzulässige Eintragung, sondern auch eine zwar zulässige, aber sachlich unrichtige Eintragung.<sup>7</sup> Dabei spielt es keine Rolle, ob die Eintragung zum Zeitpunkt ihrer Vornahme bereits unzulässig oder unrichtig war, oder ob diese Voraussetzungen erst nachträglich eingetreten sind.<sup>8</sup> Rechtsbegründende Eintragungen können gelöscht werden, wenn sie unter Verletzung wesentlicher Verfahrensvorschriften erfolgten, weil dann die Voraussetzung für die Rechtsänderung fehlt. Bei rechtsfeststellenden Eintragungen rechtfertigt nur die sachlich unrichtige, nicht aber die bloß verfahrensfehlerhafte Eintragung die Löschung.<sup>9</sup>

Ob eine zur Amtslöschung führende Unzulässigkeit der Eintragung auf dem **Mangel einer wesentlichen Eintragungsvoraussetzung** beruht, hat das Registergericht nach Lage des Falles zu entscheiden.<sup>10</sup> Wesentlich sind zB regelmäßig Verstöße gegen die Vorschriften über die Firma, wenn sie unzulässig gebildet ist. **Verstöße gegen Sollvorschriften** oder geringfügige Fehler **berechtigen** dagegen **nicht zur Amtslöschung**.<sup>11</sup>

Dagegen können **sonstige Unrichtigkeiten**, Mehrdeutigkeiten oder Missverständlichkeiten **nur auf Antrag** der Beteiligten berichtigt werden.<sup>12</sup>

**Zuständig** für die Löschung ist nach § 395 Abs. 1 FamFG das Registergericht.  
Der gerichtliche Beschluss ist mit der **Beschwerde** anfechtbar (§ 395 FamFG Abs. 3 iVm § 393 Abs. 3 S. 2 FamFG).

**gg) Nichtige AG, KGaA, GmbH.** Die Löschung nichtiger Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien oder GmbHs erfolgt von Amts wegen (§ 397 Abs. 1 FamFG, § 395 FamFG).

Die §§ 275, 276, 278 Abs. 3 AktG, §§ 75, 76 GmbHG sehen die Nichtigkeitserklärung einer AG, KGaA oder GmbH im Wege der **Nichtigkeitsklage** unter bestimmten Voraussetzungen vor; nach § 275 Abs. 4 AktG, § 75 Abs. 2 GmbHG ist das ergangene Urteil zum Handelsregister einzutragen. **§ 397 FamFG** gestattet unter denselben Voraussetzungen, unter denen die Nichtigkeitsklage erhoben werden kann, die **Löschung** dieser Gesellschaften **von Amts wegen**. **Beide Verfahren können konkurrieren**,<sup>13</sup> dh Prozessgericht und Registergericht entscheiden unabhängig voneinander, solange keine verbindliche Nichtigkeitserklärung vorliegt. Ist ein rechtskräftiges Urteil auf Nichtigkeitserklärung ergangen, bindet dieses rechtskräftige Urteil den Registerrichter.<sup>14</sup> Umgekehrt darf er die Amtslöschung vornehmen, auch wenn eine Nichtigkeitsklage rechtskräftig als unbegründet abgewiesen worden ist.<sup>15</sup>

**Nichtigkeitsgründe** sind nach § 275 Abs. 1 AktG iVm § 278 Abs. 3 AktG bzw. § 75 Abs. 1 GmbHG nur das Fehlen von Bestimmungen über die Höhe des Grund- bzw. Stammkapitals oder über den Gegenstand des Unternehmens oder die Nichtigkeit der Bestimmungen der Satzung über den Gegenstand des Unternehmens (§ 23 Abs. 3, Nr. 2 und 3 AktG, § 3 Abs. 1 Nr. 2 und 3 GmbHG). Sind Bestimmungen über die Höhe des Grundkapitals oder des Stammkapitals in einer Satzung vorhanden, aber nichtig, so kann dies nach § 399 FamFG zur Auflösung der Gesellschaft führen.<sup>16</sup>

<sup>7</sup> Sternal/Eickelberg FamFG § 395 Rn. 4.

<sup>8</sup> Sternal/Eickelberg FamFG § 395 Rn. 14.

<sup>9</sup> OLG Düsseldorf Beschl. v. 14.12.1998 – 3 Wx 483/98, Rpfleger 1999, 228.

<sup>10</sup> BayObLG Beschl. v. 19.12.2001 – 3 Z BR 280/01, FGPrax 2002, 82.

<sup>11</sup> Weitere Beispiele bei Sternal/Eickelberg FamFG § 395 Rn. 17.

<sup>12</sup> BayObLG Beschl. v. 12.3.1984 – BReg. 3 Z 27/84, DNotZ 1985, 168.

<sup>13</sup> Scholz/K. Schmidt/Scheller GmbHG § 75 Rn. 40; Sternal/Eickelberg FamFG § 397 Rn. 7.

<sup>14</sup> Noack/Servatius/Haas/Haas GmbHG § 75 Rn. 20; Lutter/Hommelhoff/Kleindiek GmbHG § 75 Rn. 7; Scholz/K. Schmidt/Scheller GmbHG § 75 Rn. 35.

<sup>15</sup> Sternal/Eickelberg FamFG § 397 Rn. 19; MüKoAktG/J. Koch AktG § 275 Rn. 74.

<sup>16</sup> Sternal/Eickelberg FamFG § 399 Rn. 9.

- 21 Soweit die Voraussetzungen des § 397 FamFG vorliegen, enthalten sie eine abschließende Regelung, so dass eine Löschung nicht über § 395 FamFG herbeigeführt werden kann. **§ 395 FamFG ist durch § 397 FamFG, der die spezielle Vorschrift ist, ausgeschlossen.**<sup>17</sup>
- 22 **hh) Gerichtlich bestellter Vorstand, Liquidator.** Von Amts wegen geschieht auch die Eintragung gerichtlich bestellter Vorstandsmitglieder oder Liquidatoren (**§ 34 Abs. 4**).
- 23 **b) Rechtsmittel.** Die erfolgte Amtslöschung ist dagegen **nicht** nach § 58 FamFG mit der **Beschwerde anfechtbar**.<sup>18</sup> Eine eingereichte Beschwerde kann in einen Antrag bzw. die Anregung zur Einleitung des Amtslöschungsverfahrens nach § 395 FamFG umgedeutet werden.<sup>19</sup>
- 24 Gegen die Ablehnung des Antrags auf Einleitung eines Löschungsverfahrens ist die Beschwerde nach § 58 FamFG und ggf. die Rechtsbeschwerde nach § 70 FamFG statthaft (§ 397 FamFG iVm § 395 Abs. 3 FamFG iVm § 393 Abs. 3 S. 2 FamFG).
- 25 **2. Eintragung auf Antrag.** Abgesehen von den in → Rn. 5 ff. geschilderten Fällen werden Eintragungen und Löschungen regelmäßig nur auf Antrag vorgenommen. So ist zB nach § 29 jeder Kaufmann verpflichtet, Firma und Ort seiner Handelsniederlassung zur Eintragung in das Register anzumelden. Zu weiteren Anmeldepflichten → § 8 Rn. 95 ff.
- 26 **3. Rechtsnatur der Anmeldung.** Im Einzelnen unterschiedlich beurteilt wird, welche Rechtsnatur die Anmeldung hat. Einerseits wird angenommen, die Anmeldung habe lediglich die **verfahrensrechtliche Bedeutung** eines Eintragungsantrags,<sup>20</sup> andererseits wird ihr eine **Doppelnatur** – in erster Linie Eintragungsantrag, aber auch Rechtsgeschäft – beigemessen.<sup>21</sup> Schließlich wird die Ansicht vertreten, die Anmeldung sei ein auf Herbeiführung behördlichen Handelns gerichteter **organschaftlicher Akt**.<sup>22</sup>
- 27 Schließlich wird in der Anmeldung eine Art „**Garantieerklärung**“ gesehen, wonach das Registergericht darauf vertrauen können müsse, dass angemeldete Tatsachen inhaltlich richtig sind.<sup>23</sup>
- 28 Die Auffassung, die Anmeldung bedeute eine Art „Garantieerklärung“, findet – hierauf hat der BGH zu Recht hingewiesen – **im Gesetz keine Stütze**.<sup>24</sup>
- 29 **Richtigerweise** ist in der Anmeldung **in erster Linie** und stets ein verfahrensrechtlicher Antrag auf Eintragung in das Handelsregister, eine **verfahrensrechtliche Erklärung** iSv § 25 FamFG gegenüber dem Gericht zu sehen.<sup>25</sup> Die Annahme eines bloßen Eintragungsantrages schöpft die Bedeutung der Annahme jedoch nicht aus. Die Anmeldung enthält vielmehr **auch materiell-rechtliche Elemente**. Das nur verfahrensrechtliche Konzept versagt im Gründungsrecht der Kapitalgesellschaften und ist namentlich untauglich als dogmatische Basis für die Erklärungsspflicht nach § 37 AktG, § 8 Abs. 2 GmbHG, für die Haftung bei falschen Angaben nach §§ 46, 48 AktG, § 9a GmbHG und für die strafrechtlichen Konsequenzen des § 399 AktG bzw. § 82 GmbHG.<sup>26</sup>
- 30 Obgleich die Anmeldung auch keine rechtsgeschäftliche Erklärung ist, da sie keine privatautonome Regelung von Rechtsverhältnissen enthält, sondern die Wirkungen der Anmeldung mit der Eintragung kraft Gesetzes eintreten,<sup>27</sup> ist bei der dogmatischen Differenzierung im Einzelnen dennoch anerkannt, dass **einzelne gesetzliche Vorschriften aus dem Recht der Willenserklärungen für entsprechend anwendbar** erklärt werden.<sup>28</sup>

<sup>17</sup> BayObLG Beschl. v. 18.8.1969 – 2 Z 25/69, BayObLGZ 1969, 215 (219) = Rpfleger 1969, 433; BayObLG Beschl. v. 18.7.1991 – 3 Z BR 133/90, GmbHR 1992, 304 (305); OLG Karlsruhe Beschl. v. 18.12.1985 – 11 W 86/85, OLGZ 1986, 155 = BB 1986, 550; Kölner Komm AktG/Kraft AktG § 275 Rn. 52; Sternal/Eickelberg FamFG § 397 Rn. 4.

<sup>18</sup> KG Beschl. v. 17.11.1922, JfG 1, 261; Scholz/K. Schmidt/Scheller GmbHG § 75 Rn. 38; aA Hachenburg/Hohner GmbHG § 75 Rn. 48.

<sup>19</sup> BayObLG Beschl. v. 8.12.1977 – 3 Z 154/76, BayObLGZ 1977, 31 = Rpfleger 1978, 181; BayObLG Beschl. v. 25.8.1983 – 3 Z BR 124/83, Rpfleger 1983, 443; OLG Düsseldorf Beschl. v. 5.8.1998 – 3 Wx 304/98, FGPrax 1998, 231; OLG Hamm Beschl. v. 12.11.1992 – 15 W 266/92, NJW-RR 1993, 547; OLG Zweibrücken Beschl. v. 1.3.2002 – 3 W 38/02, FGPrax 2002, 132.

<sup>20</sup> BayObLG Beschl. v. 21.5.1970 – 2 Z 24/70, Rpfleger 1970, 288.

<sup>21</sup> Schlegelberger/Hildebrandt/Steckhan Rn. 10.

<sup>22</sup> Hachenburg/Ulmer GmbHG § 7 Rn. 17; Staub/Koch Rn. 5, 12.

<sup>23</sup> BayObLG Beschl. v. 14.4.1982 – 3 Z BR 20/82, BayObLGZ 1982, 198 (202) = BB 1982, 1075; BayObLG Beschl. v. 20.6.1974 – BRreg 2 Z 2/74, DNotZ 1975, 230 (232); vgl. auch Gustavus GmbHR 1978, 219 (223).

<sup>24</sup> So BGH Beschl. v. 2.12.1991 – II ZB 13/91, BGHZ 116, 190 (198) = NJW 1992, 975.

<sup>25</sup> BayObLG Beschl. v. 5.10.1978 – 1 Z 104/78, BayObLGZ 1978, 282 (284) = DB 1979, 88; BayObLG Beschl. v. 7.2.1984 – 3 Z 190/83, BayObLGZ 1984, 29 (31) = BB 1984, 804; BayObLG Beschl. v. 22.2.1985 – 3 Z 16/85, BayObLGZ 1985, 82 (83) = DNotZ 1986, 52; BayObLG Beschl. v. 3.7.1986 – 3 Z 72/86, BayObLGZ 1986, 253 (257) = NJW-RR 1986, 1480; BayObLG Beschl. v. 16.2.1989 – 3 Z 171/88, BayObLGZ 1989, 34 (37) = Rpfleger 1989, 331; OLG Hamm Beschl. v. 29.4.1981 – 15 W 67/81, 423, OLGZ 1981, 419 = NJW 1981, 1744; Röhricht/Graf v. Westphalen/Haas/Ries Rn. 2; Ammon DStR 1983, 1025 (1026).

<sup>26</sup> Staub/Koch Rn. 5, 13.

<sup>27</sup> Staub/Koch Rn. 10.

<sup>28</sup> Heymann/Sonnenschein/Weitemeyer Rn. 3.

Hieraus folgt, dass die Anmeldung als empfangsbedürftige Erklärung dem Gericht zugehen und ihre Wirksamkeit erst mit dem **Zugang** entfaltet wird (§ 130 Abs. 1 S. 1 BGB). Ebenso rechtfertigt sich die analoge Anwendung des **§ 130 Abs. 2 BGB**; daher kommt es für die Wirksamkeit der Anmeldung zB alleine darauf an, dass der Geschäftsführer einer GmbH zum Zeitpunkt der Abgabe der Anmeldung für die Gesellschaft Vertretungsmacht besitzt.<sup>29</sup> Die Vorschriften über die **Geschäftsfähigkeit** (§§ 104 ff. BGB) finden auf die Anmeldung ebenso entsprechende Anwendung<sup>30</sup> wie die in **§§ 164 ff. BGB** generell zugelassene Vertretung durch Bevollmächtigte, soweit nicht organisationsrechtliche Besonderheiten der Anmeldung eine persönliche Erklärung notwendig machen (→ Rn. 99 ff.).<sup>31</sup>

**Abweichungen** vom Recht der Willenserklärungen ergeben sich allerdings insoweit, als die Anmeldung anders als sonstige Willenserklärungen **bis zur Eintragung frei widerruflich** ist.<sup>32</sup> Ein Widerruf nach Eintragung kann als Löschungsantrag oder als neue Anmeldung behandelt werden, die allerdings formbedürftig wäre; gleichfalls formbedürftig ist der Widerruf (Rücknahme) des Widerrufs, weil darin eine neue Anmeldung liegt.<sup>33</sup>

Die **Vorschriften zum Anfechtungsrecht** (§§ 119 ff. BGB) und **zur Bedingung** (§§ 158 ff. BGB) sind allerdings mit dem Charakter der Anmeldung als Verfahrenshandlung **nicht vereinbar**. Daher ist eine Anfechtung der Anmeldung nicht möglich.<sup>34</sup> Die **Anfechtung** einer Anmeldung kann in eine **Rücknahme umgedeutet** werden.<sup>35</sup>

Ebenso wenig möglich ist die Anmeldung unter einer **Bedingung oder Befristung**.<sup>36</sup> Daher ist die Anmeldung zukünftiger oder bedingter Tatsachen – zu unterscheiden von Anmeldungen mit nachzureichenden Anlagen, die zulässig sind<sup>37</sup> – unzulässig.<sup>38</sup> Es kann folglich zB nicht am 1.8.2022 bei einer GmbH angemeldet (und eingetragen) werden, dass der Geschäftsführer A mit Ablauf des 15.8.2022 nicht mehr Geschäftsführer sei; diese Eintragung kann erst zu dem Zeitpunkt erfolgen, zu dem die Eintragungsvoraussetzungen vorliegen, dh die Frist eingetreten ist. Dort wo ein Interesse der Beteiligten an der Eintragung einer Tatsache an einem bestimmten Tag besteht, kann durch Absprache mit dem Register erreicht werden, dass die Anmeldung informell bereits vorher eingereicht, vom Gericht geprüft wird und am Tag der förmlichen Einreichung dann sofort eingetragen werden kann. Hierbei handelt es sich aber um keine Ausnahme von der Unzulässigkeit der Anmeldung künftiger Tatsachen, denn das Register prüft in diesem Fall nicht eine Anmeldung, sondern nur einen Entwurf, um die Anmeldung, die dem Entwurf entspricht, am gewünschten Tag sofort eintragen zu können.<sup>39</sup> Bei einer Mehrzahl von Anträgen in einer Anmeldung kann dagegen zulässigerweise im Wege des **Teilvollzugs** deren Vollzug in einer bestimmten zeitlichen Reihenfolge beantragt werden, ohne dass es sich hierbei um eine Bedingung iSd §§ 158 ff. BGB handeln würde. Unzulässig ist dagegen eine echte Bedingung in der Anmeldung, zB bei einer GmbH die Anmeldung des Geschäftsführers A unter der Bedingung, dass der Geschäftsführer B sein Amt niederlegt.

Auf die Anmeldung findet **§ 181 BGB keine Anwendung**.<sup>40</sup> Daher können zB gesetzliche Vertreter eines minderjährigen Gesellschafters Anmeldungen im eigenen Namen als Mitgesellschafter und zugleich namens des Minderjährigen tätigen; die §§ 181, 1824, 1630 BGB stehen dem nicht entgegen.

**4. Inhalt der Anmeldung.** Das **FamFG regelt den Inhalt einer Anmeldeerklärung nicht**.<sup>41</sup> Auch die **Einzelgesetze**, welche Anmeldevorschriften enthalten, sehen grundsätzlich davon ab, den Inhalt der Anmeldeerklärung festzulegen (vgl. zB § 181 Abs. 1 S. 1 AktG, § 7 Abs. 1 GmbHG, § 54 Abs. 1 S. 1 GmbHG) und enthalten **nur ausnahmsweise** Regelungen zum Inhalt der Anmeldung, wie zB §§ 106, 107 HGB, § 37 AktG, § 8 GmbHG.

<sup>29</sup> OLG Zweibrücken Beschl. v. 29.10.2013 – 3 W 82/13, NZG 2015, 319.

<sup>30</sup> RG Beschl. v. 25.10.1934 – IV B 55/35, RGZ 145, 284 (286); BayObLG Beschl. v. 15.1.1952 – 1 ZS 221/1951, BayObLGZ 52, 17 (19 f.) für den Bereich der FGG.

<sup>31</sup> Staub/Koch Rn. 7.

<sup>32</sup> BayObLG Beschl. v. 25.6.1992 – 3 Z BR 30/92, GmbHR 1992, 672; Ammon DStR 1993, 1025 (1026).

<sup>33</sup> Röhrich/Graf v. Westphalen/Haas/Ries Rn. 2.

<sup>34</sup> Hopt/Merkt Rn. 2.

<sup>35</sup> BayObLG Beschl. v. 25.6.1992 – 3 Z BR 30/92, GmbHR 1992, 672; Beschl. v. 9.11.1989 – 3 Z BR 17/89, DB 1990, 168.

<sup>36</sup> OLG Jena Beschl. v. 15.3.2017 – 2 W 26/17, GmbHR 2017, 1047 = NotBZ 2017, 276.

Heymann/Sonnenschein/Weitemeyer Rn. 3; Staub/Koch Rn. 7. – Für Zulässigkeit bei zeitnahen Befristungen MüKoHGB/Krafka Rn. 10; vgl. auch Scheel DB 2004, 2355; zur Statthaftigkeit von innerprozessualen Bedingungen OLG Dresden Beschl. v. 15.11.2010 – 13 W 890/10, Rpfleger 2011, 277; zu Satzungsänderungen Heinze NZG 2019, 847.

<sup>37</sup> Waldner ZNotP 2000, 188 (189 f.).

<sup>38</sup> BayObLG Beschl. v. 25.6.1992 – 3 Z BR 30/92, DNotZ 1993, 197 mwN; OLG Düsseldorf Beschl. v. 15.12.1999 – 3 Wx 354/99, ZNotP 2000, 200 m Anm Waldner ZNotP 2000, 188 = GmbHR 2000, 232 m Anm Bärwaldt GmbHR 2000, 421; einschr OLG Hamm Beschl. v. 3.8.2010 – I-15 W 85/10, MittBayNot 2010, 488 (zur Geschäftsführerversicherung).

<sup>39</sup> Waldner ZNotP 2000, 188 (189).

<sup>40</sup> BayObLG Beschl. v. 21.5.1970 – 2 Z BR 24/70, DNotZ 1971, 107 (108).

<sup>41</sup> BayObLG Beschl. v. 22.11.1974 – 1 Z BR 71/74, Rpfleger 1975, 91 (92).

- 37 Es gelten somit für den gesetzlich nicht vorgeschriebenen Inhalt der Anmeldeerklärung die allgemeinen Grundsätze des Verfahrens der Freiwilligen Gerichtsbarkeit, welche für Anträge anerkannt sind. Danach braucht das Rechtsschutzbegehren zwar nicht mit der Klarheit kenntlich gemacht werden, die § 253 ZPO für eine Klage vorschreibt. Der **Antrag** muss aber **inhaltlich** so **bestimmt** sein, dass das Gericht zweifelsfrei erkennen kann, was der Antragsteller sachlich vom Gericht begehrt.<sup>42</sup>
- 38 Als Verfahrensantrag ist die Anmeldung allerdings **auslegungsfähig**; im Wege der Auslegung muss ihr aber die einzutragende registerfähige Tatsache zweifelsfrei zu entnehmen sein.<sup>43</sup> Elektronisch übermittelte Handelsregisteranmeldungen sind in gleicher Weise wie schriftliche Erklärungen auszulegen.<sup>44</sup>
- 39 Die Anmeldung ist dann inhaltlich hinreichend bestimmt, wenn sie den in das Handelsregister einzutragenden Inhalt so eindeutig enthält, dass **Zweifel seitens des Registergerichts ausgeschlossen** sind. **Nicht erforderlich** ist allerdings, dass **bestimmte Formulierungen des Gesetzes** übernommen werden.<sup>45</sup> Erst recht ist der Anmeldende nicht verpflichtet, seine Formulierung so abzufassen, dass sie ohne Änderung in das Handelsregister übernommen werden kann.<sup>46</sup> Eine Anmeldung genügt aber dann nicht den Anforderungen, wenn sie die einzutragende Veränderung in dem Rechtsverhältnis einer Gesellschaft nicht so eindeutig ausdrückt, dass das Registergericht ohne Zweifel erkennen kann, was in das Handelsregister eingetragen werden soll.<sup>47</sup>
- 40 Wird zB der **Gesellschaftsvertrag einer GmbH in einzelnen Punkten geändert**, so kann ausreichen, dass lediglich die Abänderung als solche angemeldet und auf die zusammen mit der Anmeldung eingereichten Urkunden über die Änderung Bezug genommen wird (§ 54 Abs. 2 S. 1 GmbHG). **Betrifft die Änderung aber in das Handelsregister einzutragende Tatsachen und Rechtsverhältnisse** (zB Firma, Sitz, Gegenstand, Stammkapital, abstrakte Vertretungsbefugnis) sind diese **Änderungen konkret**, wenn auch nur schlagwortartig (Ausnahme: Änderung der satzungsmäßigen allgemeinen Vertretungsregelung ist möglichst wortgetreu anzumelden), in der Anmeldung zu bezeichnen.<sup>48</sup> Dies gilt auch bei einer vollständigen Änderung des Gesellschaftsvertrages.<sup>49</sup>
- 41 Für Personenhandelsgesellschaften schreiben die §§ 107, 161 Abs. 2 ausdrücklich die konkrete Anmeldung bei Änderung der Firma, des Sitzes oder des Eintritts eines neuen Gesellschafters vor. Das Vertretungsorgan einer AG oder GmbH trifft keine geringere Pflicht. Es ist nicht Aufgabe des Registergerichts, im Falle der bloßen Anmeldung einer Satzungsneufassung zu erforschen, ob die in § 39 AktG bzw. § 10 Abs. 1, 2 GmbHG genannten Angaben abgeändert worden sind.<sup>50</sup>
- 42 Eine **allgemeine Bestimmung** für die Anmeldung trifft **§ 24 Abs. 4 HRV**, nach der das Registergericht darauf hinzuwirken hat, dass bei Anmeldungen auch der Unternehmensgegenstand, soweit er sich nicht aus der Firma ergibt (§ 24 Abs. 4 HRV), und die Lage der Geschäftsräume, wenn nicht die Lage der Geschäftsräume als inländische Geschäftsanschrift angemeldet wird oder bereits in das Handelsregister eingetragen worden ist (§ 24 Abs. 2 HRV), angegeben werden.<sup>51</sup>
- 43 **Nicht notwendig** ist, in nachfolgende Registeranmeldungen **Negativverklärungen** wie „die Geschäftsanschrift ist unverändert“ aufzunehmen.<sup>52</sup>
- 44 **5. Form der Anmeldung. a) Allgemeines. Anmeldungen** sind nach Abs. 1 elektronisch in **öffentlich beglaubigter Form** einzureichen. Der bis zur Eintragung mögliche freie Widerruf der Anmeldung ist nicht formbedürftig. Wird der Widerruf aber zurückgenommen (Widerruf des Wider-

<sup>42</sup> BayObLG Beschl. v. 22.2.1985 – 3 Z BR 16/85, BayObLGZ 1985, 82 = DB 1985, 1223; Beschl. v. 22.11.1974 – 1 Z BR 71/74, Rpfleger 1975, 91 (92); Ammon DStR 1993, 1025 (1026).

<sup>43</sup> KG Beschl. v. 21.12.2021 – 22 W 84/21, GmbHR 2023, 29; Beschl. v. 5.9.2018 – 22 W 53/18, ZIP 2018, 2070 = Rpfleger 2019, 152; OLG Düsseldorf Beschl. v. 2.7.1997 – 3 Wx 94/97, Rpfleger 1998, 27 (28); OLG Hamm Beschl. v. 22.12.2010 – 15 W 512/10, NZG 2011, 462; OLG Stuttgart Beschl. v. 10.10.2012 – 8 W 241/11, ZIP 2013, 671; OLG Düsseldorf Beschl. v. 29.3.2017 – I-3 Wx 231/16, ZIP 2017, 1111 = NotBZ 2017, 464; Ammon DStR 1993, 1025 (1026). Zur Auslegung einer Handelsregistervollmacht OLG Frankfurt a. M. Beschl. v. 3.5.2010 – 20 W 143/10, FGPrax 2010, 305; zur Auslegung von Handelsregistereinträgen Heinze AG 2011, 408.

<sup>44</sup> OLG Nürnberg Beschl. v. 19.11.2014 – 12 W 2217/14, FGPrax 2015, 22; der vom Notar erstellte XML-Datensatz bleibt grundsätzlich außer Betracht, Heinemann FGPrax 2015, 1.

<sup>45</sup> BayObLG Beschl. v. 21.5.1970 – 2 Z BR 24/70, DNotZ 1971, 107; Beschl. v. 1.12.1977 – BReg. 3 Z 127/77, DNotZ 1978, 661; zur Auslegung aus der Sicht des Registergerichts BayObLG BB 2000, 1316; Heymann/Sonnenschein/Weittemeyer Rn. 2.

<sup>46</sup> OLG Düsseldorf Beschl. v. 2.7.1997 – 3 Wx 94/97, Rpfleger 1998, 27.

<sup>47</sup> OLG Frankfurt a. M. Beschl. v. 23.7.2003 – 20 W 46/03, GmbHR 2003, 1273; BayObLG Beschl. v. 22.2.1985 – 3 Z BR 16/85, BayObLGZ 1985, 82 (85) = DB 1985, 1223; Beschl. v. 1.2.1977 – 3 Z BR 127/77, DNotZ 1978, 661 f.

<sup>48</sup> OLG Frankfurt a. M. Beschl. v. 23.7.2003 – 202046/03, GmbHR 2003, 1273, BayObLG Beschl. v. 22.2.1985 – 3 Z BR 16/85, BayObLGZ 1985, 82 (86) = DB 1985, 1223; Beschl. v. 5.10.1978 – 1 Z BR 104/78, BayObLGZ 1978, 282 (286) = DB 1979, 84; OLG Nürnberg Beschl. v. 15.8.2012 – 12 W 1474/12, FGPrax 2012, 262; Krafka NZG 2019, 81 (83 f.).

<sup>49</sup> MüKoHGB/Krafka Rn. 9.

<sup>50</sup> BayObLG Beschl. v. 1.12.1977 – BReg 3 Z 127/77, DNotZ 1978, 661.

<sup>51</sup> Heymann/Sonnenschein/Weittemeyer Rn. 4.

<sup>52</sup> Priester DNotZ 1998, 691 (710).

rufs) besteht insoweit Formzwang, weil es sich in der Sache um eine neue und damit dem Formzwang des § 12 unterfallende Anmeldung handelt.<sup>53</sup>

**Nicht der Form des § 12 bedürfen** Anmeldungen, die keine Eintragung nach sich ziehen, andere 45  
Erklärungen gegenüber dem Gericht oder die Einreichung von Schriftstücken.<sup>54</sup>

Auch **irreführend** in Gesetzen außerhalb des HGB **als Anmeldung bezeichnete Verpflichtun-** 46  
**gen** zur Anzeige beim Registergericht bedürfen **nicht der öffentlichen Beglaubigung** (→ Rn. 4).

**b) Öffentliche Beglaubigung. aa) Begriff.** Die Erfordernisse der öffentlichen Beglaubigung sind 47  
in § 129 BGB festgelegt. Notwendig sind hiernach eine schriftlich abgefasste Erklärung und die  
Beglaubigung der Unterschrift oder des Handzeichens der Erklärenden durch einen Notar. Die  
Beglaubigung ist das Zeugnis des Notars, dass die im Beglaubigungsvermerk bezeichnete Person die  
Unterschrift unter der Erklärung vor ihm geleistet oder anerkannt hat (§ 40 Abs. 1 und 3 BeurkG).<sup>55</sup>  
Beurkundet wird aber nicht die Erklärung als solche nach §§ 6 ff. BeurkG, sondern nur die Leistung  
oder Anerkennung der Unterschrift.<sup>56</sup>

Der **Beglaubigungsvermerk** ist eine **öffentliche Urkunde nach §§ 415, 418 ZPO**.<sup>57</sup> Der 48  
Vermerk beweist deshalb nach § 418 Abs. 1 ZPO die in ihm bezeugte Tatsache der Echtheit der  
Unterschrift. Die über der beglaubigten Unterschrift befindliche Erklärung hat damit gem. § 440  
Abs. 2 ZPO ebenfalls die Vermutung der Echtheit, also der Urheberschaft des Unterzeichners, für sich.  
Die **Erklärung selbst bleibt** dagegen **Privaturkunde**. Aufgrund der Echtheitsvermutung des § 440  
Abs. 2 ZPO erbringt diese Privaturkunde nach § 416 ZPO vollen Beweis, dass die Erklärung vom  
Aussteller auch abgegeben worden ist, es sich bei ihr nicht nur um einen Entwurf handelt.<sup>58</sup>

**Keine öffentliche Beglaubigung** iSd § 129 BGB ist die **Beglaubigung einer Abschrift nach** 49  
**§ 42 BeurkG**, denn diese bezeugt nicht den Vollzug oder die Anerkennung einer Unterschrift,  
sondern die inhaltliche Übereinstimmung der Abschrift mit der Hauptschrift.<sup>59</sup> **Keine öffentliche**  
**Beglaubigung** ist ferner die **amtliche Beglaubigung durch eine Verwaltungsbehörde nach § 65**  
**BeurkG, § 34 VwVfG**, die für Zwecke erfolgt, für die eine öffentliche Beglaubigung gerade nicht  
vorgeschrieben ist (vgl. § 34 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 VwVfG).

**bb) Zuständigkeit.** Grundsätzlich für Beglaubigungen zuständig sind die **Notare** (§ 129 BGB, 50  
§§ 29, 40 BeurkG, § 20 Abs. 1 S. 1 BNotO). Die Möglichkeit, die Anmeldung persönlich bei Gericht  
zu bewirken, ist seit 1.1.1971 mit der Neufassung des BeurkG vom 28.8.1969 (BGBl. 1969 I 1513)  
entfallen.

Die **Länder** können nach § 63 BeurkG die **Zuständigkeit** für die öffentliche Beglaubigung von 51  
Unterschriften **anderen Personen oder Stellen** als den Notaren **durch Gesetz übertragen**. Auf-  
grund dieser Ermächtigung haben für öffentliche Beglaubigung von Unterschriften für allgemein  
zuständig erklärt Baden-Württemberg die Ratschreiber (§ 35a Abs. 4 BWLFG), Hessen die Orts-  
gerichtsvorsteher (§ 13 HessOrtsGG), Rheinland-Pfalz die in § 1 Abs. 1 RhPfbegG (Landesgesetz  
über die Beglaubigungsbefugnis vom 21.7.1978, GVBl. 1978, 597) genannten Stellen.<sup>60</sup> Dem Länder-  
vorbehalt kommt in der Praxis jedoch **kaum Bedeutung** zu.<sup>61</sup>

Allgemein zuständig für die Beglaubigung von Unterschriften im **Ausland** sind gem. § 10 Abs. 1 52  
Nr. 2 KonsularG ferner die Konsularbeamten. Zu Handelsregisteranmeldungen mit Auslandsbezug  
näher → Anh. § 12 Rn. 1 ff.

**cc) Form. (1) Unterschriftsbeglaubigung.** Die Form der öffentlichen Beglaubigung einer 53  
Unterschrift ist in den §§ 39, 40 BeurkG geregelt.<sup>62</sup> Diese Vorschriften sind gem. § 1 Abs. 2 BeurkG  
auch für die Beglaubigung durch andere Stellen als die Notare maßgebend (vgl. für Beglaubigung  
durch Konsularbeamte § 10 Abs. 3 KonsularG). Die öffentliche Beglaubigung erfordert nach § 129  
Abs. 1 S. 1 BGB grundsätzlich das Vorhandensein einer schriftlich abgefassten Erklärung.<sup>63</sup> Im Beglau-  
bigungsvermerk ist anzugeben, dass die Unterschrift von der im Vermerk genannten Person geleistet  
oder anerkannt worden ist. Ebenso ist die Person des die Unterschrift Leistenden oder Anerkennenden  
zu bezeichnen (§ 40 Abs. 3 S. 1 BeurkG). Der Beglaubigungsvermerk ist mit Unterschrift und Siegel  
des Notars (§ 39 BeurkG) zu versehen. Das Fehlen eines dieser Erfordernisse hat die Unwirksamkeit

<sup>53</sup> KG 1. ZS. Beschl. v. 24.4.1924, OLGRspr. 43, 299 (301); Ammon DStR 1993, 1025 (1026).

<sup>54</sup> KG Beschl. v. 23.6.1938 – 1 Wx 215/38, JW 1938, 2281 mAnm Groschuff; LG Berlin Beschl. v. 8.3.1938 – 408 T 1710/38, JW 1938, 1034; Hopt/Merkt Rn. 1.

<sup>55</sup> BayObLG Beschl. v. 23.11.1984 – 2 Z BR 77/84, DNotZ 1985, 220 (222) mAnm Winkler.

<sup>56</sup> Vgl. BGH Ur. v. 4.4.1962 – V ZR 110/60, BGHZ 37, 79 (86) = BB 1962, 614; OLG Hamm Beschl. v. 14.11.1994 – 15 W 202/94, Rpfleger 1995, 292 (293).

<sup>57</sup> Winkler DNotZ 1985, 224.

<sup>58</sup> Winkler DNotZ 1985, 224 (227 f.).

<sup>59</sup> Vgl. LG Aachen Beschl. v. 23.2.1983 – 3 T 102/82, Rpfleger 1983, 310.

<sup>60</sup> Vgl. die Übersicht bei Stoltenberg JurBüro 1989, 307.

<sup>61</sup> Hopt/Merkt Rn. 1; MüKoHGB/Krafka Rn. 21.

<sup>62</sup> Hierzu nur Winkler DNotZ 1971, 140 (145 ff.).

<sup>63</sup> Zur nachträglichen Änderung oder Ergänzung der Erklärung eingehend Bauer/Schaub/Bayer/Meier-Wehrsdorfer GBO § 29 Rn. 141.

des Beglaubigungsvermerks als solchen zur Folge; die Erklärung bleibt als Privaturkunde sachlich-rechtlich wirksam, taugt aber nicht als formgültige Anmeldung iSd § 12.<sup>64</sup>

- 54 Der Notar muss ferner eine **Identitätsprüfung** desjenigen, dessen Unterschrift beglaubigt werden soll, vornehmen. Bei Zweifeln der Urkundsperson über die Identität ist eine Beglaubigung unzulässig, da § 40 Abs. 4 BeurkG nicht auf § 10 Abs. 2 S. 2 BeurkG verweist.<sup>65</sup> § 12 bezweckt in Verbindung mit §§ 40, 41 BeurkG gerade, eindeutig Gewissheit über die Person des Anmeldenden (Vollmachtgebers) zu verschaffen. Während der Notar diese Identitätsprüfung vollzieht, hat er dagegen nicht zu prüfen, ob die als Unterschriftszeichner identifizierte Person auch sachlich antrags- und vertretungsberechtigt ist; dies hat ggf. das Registergericht im Rahmen seiner formellen und materiellen Prüfungspflicht zu ermitteln.<sup>66</sup>
- 55 Die Einhaltung der Form ist nicht Wirksamkeitserfordernis für den Antrag, sondern Vollzugsvoraussetzung.<sup>67</sup>
- 56 **(2) Online-Beglaubigung.** Mit Inkrafttreten des DiRUG (→ § 8 Rn. 10) am 1.8.2022 hat der Gesetzgeber für Handelsregisteranmeldungen die Form der **elektronischen Signaturbeglaubigung** zugelassen. § 12 iVm § 129 BGB, § 40a BeurkG ermöglichen die öffentliche Beglaubigung qualifizierter elektronischer Signaturen. Die öffentliche Beglaubigung einer qualifizierten elektronischen Signatur kann entweder in Gegenwart des Notars oder mittels Videokonferenz zwischen dem Notar und dem/den Anmeldenden stattfinden. In beiden Varianten erfolgt die Beglaubigung aufgrund einer Anerkennung der Signatur.<sup>68</sup> Diese Form der Anmeldung ist aber nur zulässig für Einzelkaufleute (§ 12 Abs. 1 S. 2), Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien (§ 12 Abs. 1 S. 2) sowie für Zweigniederlassungen von den in Nummer 2 genannten Rechtsformen oder von Kapitalgesellschaften, die dem Recht eines anderen Mitgliedstaates der EU oder eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den EWR unterliegen (§ 12 Abs. 1 S. 2).
- 57 **dd) Ersatzformen.** Die öffentliche Beglaubigung wird durch die **notarielle Beurkundung** ersetzt (§ 129 Abs. 2 BGB), und zwar auch dann, wenn der Notar eine von ihm selbst beglaubigte Erklärung als bevollmächtigter Vertreter durch eine Eigenurkunde berichtigt, ergänzt oder registerrechtlichen Erfordernissen anpasst.<sup>69</sup>
- 58 Auch der **gerichtlich protokollierte Vergleich** ersetzt die öffentliche Beglaubigung (§ 127a BGB), was unter gewissen Voraussetzungen auch für den Schiedsvergleich gilt.<sup>70</sup>
- 59 Erfolgt die Anmeldung durch eine **juristische Person des öffentlichen Rechts (§ 36)** in einer **von ihr als öffentlicher Behörde ausgestellten Urkunde**, ist ebenso wenig eine öffentliche Beglaubigung notwendig.<sup>71</sup>
- 60 **6. Elektronische Übermittlung.** Notarielle Urkunden oder öffentlich beglaubigte Abschriften sind elektronisch an das Registergericht zu übermitteln. Die Übermittlung geschieht durch **Übersendung elektronischer beglaubigter Abschriften**. In einem ersten Schritt ist daher – wie bisher – die in Papierform vorliegende Handelsregisteranmeldung vom Antragsteller zu unterzeichnen, vom Notar in Papierform mit einem Beglaubigungsvermerk zu versehen und beides zu verbinden (zur Rechtslage ab 1.8.2022 → Rn. 56). In einem zweiten Schritt ist die Papierurkunde in elektronische Form zu überführen (sog. Medienwechsel). Dies geschieht durch Fertigung elektronisch beglaubigter Abschriften, wobei zu unterscheiden ist die Erstellung der elektronischen Abschrift des Originals der Papierurkunde und die Erstellung des elektronischen Zeugnisses über die Abschriftsbeglaubigung (§§ 39, 39a, 42 BeurkG). Da bei der elektronischen Urkunde aus technischen Gründen weder die Unterschrift noch das Siegel beigefügt werden können, hat der Gesetzgeber an die Stelle der eigenhändigen Unterschrift und des Siegels funktionsgleiche elektronische Äquivalente gesetzt. Diese sind in § 39a BeurkG geregelt.<sup>72</sup> Daher ist die Anmeldung einer Eintragung in das Handelsregister gem. § 12

<sup>64</sup> Für das Grundbuchverfahren KEHE/Volmer GBO § 29 Rn. 155; Meikel/Hertel, GBO, 12. Aufl. 2021, GBO § 29 Rn. 448.

<sup>65</sup> Röhricht/Graf v. Westphalen/Haas/Ries Rn. 6.

<sup>66</sup> OLG Frankfurt a. M. Beschl. v. 7.11.2011 – 20 W 459/11, GWR 2012, 224; Schlegelberger/Hildebrandt/Steckhan Rn. 7; MüKoHGB/Krafka Rn. 14.

<sup>67</sup> OLG Jena NJW-RR 2003, 100.

<sup>68</sup> BT-Drs. 19/28177, 127; iE Böhringer GmbH 2022, 1005; Stelmaszczyk/Kienzle GmbH 2021, 849; Kienzle DNotZ 2021, 590; Wudy NotBZ 2022, 325; Berthold DNotZ 2022, 813.

<sup>69</sup> BGH Beschl. v. 9.7.1980 – V ZB 6/80, BGHZ 78, 36 = DNotZ 1981, 251 zu § 29 GBO mit einem verallgemeinerungsfähigen Grundsatz; Ammon DStR 1993, 1025 (1027).

<sup>70</sup> Breezke NJW 1971, 1685 (1686); Breezke NJW 1971, 178.

<sup>71</sup> OLG Stuttgart Beschl. v. 21.4.2009 – 8 W 155/08, FGPrax 2009, 129 = Pfleger 2009, 461; BayObLG Beschl. v. 24.6.1975 – 2 Z BR 14/75, DB 1975, 1936; Heymann/Sonnenschein/Weitemeyer Rn. 6; aA Schlegelberger/Hildebrandt/Steckhan Rn. 4.

<sup>72</sup> Zum Ganzen ausf. Apfelbaum/Bettendorf RNotZ 2007, 89; Willer/Krafka DNotZ 2006, 886; Gassen/Wegerhoff, Elektronische Beglaubigung und elektronische Handelsregisteranmeldungen in der Praxis, 2007; Müther Pflieger 2008, 233 zu den Prüfungspflichten des Registergerichts im elektronischen Handelsregister; vgl. auch OLG

Abs. 1 S. 1, Abs. 2 S. 2 Hs. 2 mit einem einfachen elektronischen Zeugnis eines Notars gem. § 39a BeurkG elektronisch einzureichen. Hierdurch wird in Anbetracht der Publizitäts-, Verkehrsschutz- und Informationsfunktion des Handelsregisters das Bedürfnis für eine besondere Richtigkeitsgewähr der Übermittlung erfüllt. Die Einreichung mit einer qualifizierten elektronischen Signatur des Ausstellers der Anmeldung selbst gem. § 126a BGB reicht nicht aus.<sup>73</sup>

Die Einreichung elektronisch beglaubigter Abschriften zum Registergericht ist auch dort möglich, 61 wo in besonderen Fällen bestimmte **Versicherungen**, wie zB nach § 8 Abs. 2, 3 GmbHG zur Leistung der Stammeinlagen und zu Bestellungshindernissen des Geschäftsführers, dem Registergericht in tauglicher Form zugehen müssen. Zwar werden nunmehr keine Originale, sondern nur noch beglaubigte Abschriften der Handelsregisteranmeldungen eingereicht. Trotzdem ist den Formanforderungen des § 12 Abs. 1 schon deshalb Genüge getan, weil auch vor dem 1.1.2007 unstrittig möglich war, statt des Originals eine beglaubigte Abschrift der öffentlich beglaubigten Anmeldungserklärung beim Registergericht einzureichen.<sup>74</sup>

#### IV. Keine Zeichnung von Unterschriften

Durch das EHUG (→ § 8 Rn. 7) ist ab 1.1.2007 das Erfordernis, eine **Unterschriftsprobe** zu 62 hinterlegen, entfallen. Die in den einzelnen gesetzlichen Bestimmungen enthaltenen Vorschriften zur Zeichnung von Unterschriften wurden aufgehoben (auch → § 8 Rn. 140).

Die elektronische Führung des Handelsregisters könnte zwar auch **eingescannte Unterschriften** 63 digital aufnehmen, doch würde eine **Echtheitsprüfung nicht mehr mit hinreichender Sicherheit** stattfinden können, da es dafür nicht nur auf den zweidimensionalen Schriftzug, sondern wesentlich auch auf den Druckpunkt ankommt. Weil die digitale Grafik für jedermann durch die Online-Präsentation der eingescannten Unterschriften verfügbar wäre, ergäbe sich ein gesteigertes Missbrauchsrisiko. Um nicht nur wegen der Unterschriftsprobe ein zweites Handelsregister in herkömmlicher Papieraktenform führen zu müssen, hat man das Erfordernis der Unterschriftenzeichnung aufgegeben. Überdies steht zu erwarten, dass künftig die elektronische Signatur die eigenhändige Namensunterschrift im Geschäftsverkehr ablösen wird.<sup>75</sup>

Zur Rechtslage vor dem 1.1.2007: → 1. Aufl. 2001, Rn. 59 ff.

64

#### V. Anmeldung durch Stellvertreter

Bei der Anmeldung durch Stellvertreter ist zwischen Anmeldung durch Bevollmächtigte, Anmel- 65 dung durch organschaftliche und gesetzliche Vertreter sowie Anmeldung durch den Notar nach § 378 Abs. 2 FamFG zu unterscheiden.

**1. Bevollmächtigung. a) Grundsätzliche Zulässigkeit.** Anmeldungen zum Handelsregister 66 durch Bevollmächtigte sind **grundsätzlich zulässig**. Dies folgt aus § 10 FamFG und wird von Abs. 1 S. 3 vorausgesetzt;<sup>76</sup> Abs. 1 S. 3 bezieht sich nur auf die Anmeldung als Verfahrenshandlung, nicht auf zusätzliche persönliche Erklärungen.<sup>77</sup> Abs. 1 S. 3 betrifft nicht die gesetzliche Vertretung. Bei der Anmeldung durch rechtsgeschäftliche Stellvertreter genügt grundsätzlich **jede Vollmacht**. Die Vollmacht ist als **Einzel- oder Generalvollmacht**<sup>78</sup> möglich. Eine **Spezialvollmacht** für die einzelne Anmeldung ist im Allgemeinen nicht erforderlich, sondern es genügt grundsätzlich jede Vollmacht, sofern sich aus ihr ergibt, dass sie Registeranmeldungen der in Frage stehenden Art abdeckt.<sup>79</sup> Zur Vollmacht im **internationalen Rechtsverkehr** → Anh. § 12 Rn. 52 ff.

Die Anmeldung kann auch auf Grund einer **postmortalen Vollmacht** erfolgen.<sup>80</sup> Reicht demnach 67 die Vollmacht über den Tod hinaus, kann der Bevollmächtigte – jedenfalls wenn er nicht Alleinerbe des Vollmachtgebers ist (→ Rn. 80) – nach dem Tod des Vollmachtgebers Anmeldungen zum Han-

Jena Beschl. v. 9.9.2010 – 6 W 144/10, DB 2011, 82 = RNotZ 2011, 121; OLG Düsseldorf Beschl. v. 7.3.2012 – I – 3 Wx 200/11, BeckRS 2012, 12561.

<sup>73</sup> BGH Beschl. v. 15.6.2021 – ZB/17, NZG 2021, 1564 = GmbHR 2021, 1087 = Rpfleger 2021, 593 = notar 2022, 82 mAnm Stelmaszczyk; vgl. auch OLG Düsseldorf Beschl. v. 22.1.2020 – I-3 Wx 52/19, NZG 2021, 35 = GmbHR 2020, 779; anders aber für vorzulegende Gesellschafterbeschlüsse OLG Düsseldorf Beschl. v. 20.3.2019 – 3 Wx 20/18, Rpfleger 2019, 524. Zum Verfahren ab 1.8.2022 Amann notar 2023, 9 (10).

<sup>74</sup> Eingehend Apfelbaum/Bettendorf RNotZ 2007, 89 (92 f.).

<sup>75</sup> Begr. RegE, BT-Drs. 16/960, 47.

<sup>76</sup> Röhrich/Graf v. Westphalen/Haas/Ries Rn. 10; Heymann/Sonnenschein/Weitemeyer Rn. 8; Schaub DStR 1999, 1699 = MittBayNot 1999, 539; zur Zulässigkeit der Vertretung bei Vereinsregisteranmeldungen KG Beschl. v. 23.7.2020 – 22 W 1005/20, BeckRS 2020, 34469.

<sup>77</sup> OLG Zweibrücken Beschl. v. 14.6.2000 – 30092/00, DB 2000, 1908.

<sup>78</sup> Zu den Grenzen einer Generalvollmacht im GmbH-Recht OLG Frankfurt a. M. Beschl. v. 7.11.2011 – 20 W 459/11, GWR 2012, 224; krit. Schippers DNotZ 2009, 353.

<sup>79</sup> Staub/Koch Rn. 37.

<sup>80</sup> OLG Hamburg Beschl. v. 27.5.1966 – 2 W 14/66, DNotZ 1967, 30; Beschl. v. 18.6.1974 – 2 W 53/74, MDR 1974, 1022; BayObLG Beschl. v. 25.3.1975 – 2 Z BR 10/75, BayObLGZ 1975, 137 (142) = DB 1975, 1162.



delsregister vornehmen, ohne einen Erbschein vorlegen zu müssen. Der Bevollmächtigte vertritt nach dem Tod des Vollmachtgebers dessen Erben; allerdings soll eine postmortale Vollmacht nicht zur Anmeldung des Eintritts eines neuen Kommanditisten im Wege der Gesamtrechtsnachfolge zum Handelsregister berechtigen, da es sich hier um eine originäre Anmeldepflicht des eintretenden Erben handelt; die Auffassung überzeugt nicht.<sup>81</sup> Die Erben ihrerseits können die Vollmacht jederzeit **widerrufen**.<sup>82</sup> Widerrufen nur einzelne von mehreren Erben, behält die Vollmacht bezüglich der andere Miterbe ihre Wirkung. Lediglich auf der Vollmachtsurkunde ist ein entsprechender Vermerk anzubringen; ein Anspruch auf Rückgabe der Vollmachtsurkunde besteht nicht.<sup>83</sup> Im Einzelnen → Rn. 80.

- 68** Aus dem **Wortlaut der Vollmacht** muss sich **eindeutig ergeben, dass sie auch Handelsregisteranmeldungen** der getätigten Art **erfasst** – jedenfalls wenn es sich um eine Spezialvollmacht handelt. Dagegen berechtigt eine General(vorsorge)vollmacht den Bevollmächtigten auch dann zu Handelsregisteranmeldungen, wenn in der Vollmacht nicht ausdrücklich die Vertretung in Handelsregisterangelegenheiten genannt ist.<sup>84</sup> An die **Auslegung** einer Handelsregistervollmacht (zur Auslegung der Handelsregisteranmeldung selbst → Rn. 143 f.) sind strenge Anforderungen zu stellen. Eine Auslegung über den Wortlaut hinaus ist unzulässig.<sup>85</sup> Ergeben sich Unklarheiten, so ist von dem geringeren Umfang der Vollmacht auszugehen, wenn sich der größere Umfang nicht zweifelsfrei nachweisen lässt. Wird die Vollmacht zugunsten mehrerer Personen erteilt und kommt die Einzelvertretung nicht hinreichend zum Ausdruck, ist von Gesamtvertretung auszugehen.<sup>86</sup> Eine Vollmacht, die zur Anmeldung des Eintritts in eine Gesellschaft sowie etwaiger Veränderungen bei der Gesellschaft einschließlich der Übertragung von Kommanditeilen ermächtigt, berechtigt nicht zur Anmeldung der Erhöhung der Einlagen der Vollmachtgeber.<sup>87</sup> Umgekehrt umfasst eine Vollmacht, die von Kommanditisten einer Publikums-KG der Komplementärin für „alle erforderlichen Anmeldungen zum Handelsregister hinsichtlich dieser Kommanditgesellschaft“ erteilt wurde, auch die Anmeldung der Erhöhung von Kommanditeinlagen.<sup>88</sup>
- 69** **Bevollmächtigt werden können natürliche oder juristische Personen.** Da letztere nicht selbst handlungsfähig sind, sind die Vollmachten als den gesetzlichen Vertretern (in vertretungsberechtigter Zahl) erteilt anzusehen.<sup>89</sup>
- 70** Die Erteilung der Vollmacht erfolgt nach § 167 Abs. 1 BGB durch **Erklärung gegenüber dem zu Bevollmächtigenden oder** gegenüber dem **Registergericht.**
- 71** Sind **mehrere Personen bevollmächtigt**, können sie, sofern nicht die Alleinvertretungsberechtigung einer von ihnen deutlich in der Vollmacht zum Ausdruck kommt, nur **gemeinsam** vertreten. Hierbei genügt aber, wenn sie eine Registeranmeldung auf Grund Vollmacht einzeln nacheinander unterzeichnen; eine zeitgleiche Beglaubigung ist nicht erforderlich.
- 72** Eine Registervollmacht kann auch **im Zuge des Abschlusses oder der Änderung eines Geschäftsvertrages** erteilt werden. Sie ist dann jedoch nicht materieller Satzungsinhalt, sondern bleibt individuelle Erklärung des konkret betroffenen Gesellschafters; sie bindet in diesem Fall weder nicht zustimmende Gesellschafter noch Einzelrechtsnachfolger.<sup>90</sup>
- 73** **b) Dauer der Vollmacht, Erlöschen.** Einfluss auf die Dauer der Vollmacht können folgende Fälle haben:

<sup>81</sup> OLG München Beschl. v. 20.6.2017 – 31 Wx 169/17, ZIP 2018, 636; m. krit. Anm. Wachter EWiR 2018, 331; als Vorsorgevollmacht OLG Frankfurt a. M. Beschl. v. 16.4.2013 – 20 W 494/11, ZEV 2013, 686; OLG Karlsruhe Beschl. v. 13.8.2013 – 11 Wx 64/13, RNotZ 2013, 561 = ZIP 2014, 1392 = mAnm Schodder EWiR 2014, 447 = mAnm Schaub ZEV 2014, 671.

<sup>82</sup> RG Beschl. v. 28.6.1916 – V.B. 1/16, RGZ 88, 345 (350); Urt. v. 10.1.1923 – V 385/22, RGZ 106, 185 (187); OLG Hamburg Beschl. v. 27.5.1966 – 2 W 14/66, DNotZ 1967, 30 (31); allerdings str., ob auf Erbnachweis verzichtet werden kann, Grüneberg/Ellenberger BGB § 168 Rn. 4; Lange ZEV 2009, 371; iÜ → Rn. 159.

<sup>83</sup> RG Urt. v. 4.4.1938 – IV 231/37, JW 1938, 1892; BGH Urt. v. 30.10.1974 – IV ZR 172/73, NJW 1975, 382; Urt. v. 29.9.1989 – V ZR 198/87, NJW 1990, 507 = BB 1989, 2356.

<sup>84</sup> OLG Frankfurt a. M. Beschl. v. 16.4.2013 – 20 W 494/11, ZEV 2013, 686; OLG Karlsruhe Beschl. v. 13.8.2013 – 11 Wx 64/13, RNotZ 2013, 561 = ZIP 2014, 1392 mAnm Schodder EWiR 2014, 447 und mAnm Schaub ZEV 2014, 671.

<sup>85</sup> Zur Auslegung BayObLG Beschl. v. 23.12.2003 – 3 Z BR 252/03, DB 2004, 647; KG Beschl. v. 1.3.2005 – 1 W 4/04, NZG 2005, 626; Begriffe nicht notwendig im rechtstechnischen Sinn zu verwenden; OLG Frankfurt a. M. Beschl. v. 3.5.2010 – 20 W 143/10, FGPrax 2010, 305; OLG Schleswig Beschl. v. 20.1.2010 – 2 W 182/09, FGPrax 2010, 147; OLG Düsseldorf Beschl. v. 25.2.2013 – 1 Wx 13–14/13, Rpfleger 2013, 309; s. auch Gustavus GmbHR 1978, 219 (220 ff.).

<sup>86</sup> OLG Düsseldorf Beschl. v. 12.2.2014 – I–3 Wx 31/14, DB 2014, 886 = ZIP 2014, 1392 mAnm Heinze EWiR 2014, 443 = NZG 2014, 1066.

<sup>87</sup> LG Berlin Beschl. v. 9.10.1974 – KfH 98 T 16/74, Rpfleger 1975, 365 f.

<sup>88</sup> BayObLG Beschl. v. 25.3.1975 – 2 Z BR 10/75, BayObLGZ 1975, 137 (140) = DB 1975, 1162.

<sup>89</sup> BayObLG Beschl. v. 25.3.1975 – 2 Z BR 10/75, BayObLGZ 1975, 137 (140) = DB 1975, 1162; Heymann/Sonnenschein/Weitemeyer Rn. 10.

<sup>90</sup> Zutr. MüKo HGB/Krafka Rn. 31; unrichtig OLG Schleswig Beschl. v. 4.6.2003 – 2 W 50/03, NZG 2003, 830; Bandehzadeh DB 2003, 1663.